

Deutsche Hochschule der Polizei  
Internationales Seminar: Ideologien des Terrorismus und Reaktionen des Rechtsstaates  
aus ethischer Sicht.  
Klaus Hübner: „Ein Zeitszeuge berichtet.“  
Hiltrup 26.10.2009

Am 8. Mai 1945 unterzeichneten in Berlin für das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg und Generaloberst Hans Jürgen Stumpff die Kapitulation und übergaben „bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“

Das betraf 11 Millionen deutsche Soldaten, die den zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Einer davon war ich. Nach kurzer oder jahrelanger Kriegsgefangenschaft mußten sich diese Menschen wieder in die sozialen Verhältnisse eingliedern, die sie in den vier Besatzungszonen vorfanden, die von „Großdeutschland“ übrig geblieben waren. In den meisten Städten fanden sie in den Trümmern der Häuser die Überlebenden der Bombennächte. Sie trafen auf Frauen, die die Vergewaltigung durch Soldaten der Roten Armee überstanden hatten oder ihr knapp entgangen waren. Mit Strömen vertriebener Landsleute, (vermutlich 12 Millionen) die ihrerseits verdrängten Menschen im Osten weichen mußten, hatten sie alles was verblieben war zu teilen, sich miteinander einzurichten. Was man heute als Lebensplanung bezeichnet war ein Blick in diffuses Nichts.

Über den damaligen Zustand der westdeutschen Bevölkerung schreibt Dr. Sventja Goltermann in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ im August 2009: „Das Streben... nach Wiederaufbau und sozialer Sicherheit war durchsetzt von Schrecken und quälenden Alpträumen.“ Fast alle Heimkehrer standen vor dem Problem, sich in die veränderte Rangordnung ihrer Familien einzuordnen. Für viele Kinder waren die Väter Fremde geworden. Frauen als Ernährer hatten Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie einnehmen, oder angelernt, in der Berufswelt der zum Militär eingezogenen Männer Lücken füllen müssen. Eine pragmatische Emanzipation war Wirklichkeit geworden, die keinen soziologischen Überbau kannte.

„Berufliche Perspektivlosigkeit, finanzielle Nöte und schmerzliche soziale Deklassierungserfahrungen waren Realität eines großen Teils der Bevölkerung“ erkennt die Verfasserin und folgert: „Oft ist es nicht zu entscheiden, ob der Blick in die Vergangenheit oder derjenige in die Zukunft den größeren Schrecken einflößt.“

Zweifellos hatten wir alle ein Problem der Vergangenheitsbewältigung. Allerdings kannten wir den Begriff PTBS noch nicht: die Posttraumatische Belastungsstörung.

Aus dem Bundesverteidigungsministerium hörte man im September, es sei nur die Hälfte der rund 40 Facharztstellen für Psychiatrie besetzt, was bedeute, für die 4 500 Soldaten in Afghanistan stehe nur ein Psychiater zur Verfügung. Im Jahr 2008 kamen 245 Bundeswehrsoldaten mit einer Belastungsstörung aus dem Ausland zurück. Davon 226 aus Afghanistan von einem Einsatz, der nach Meinung des zuständigen Bundesministers kein Krieg sei.

1945 fielen wir in kein Netz ärztlicher Betreuung. Im Strom ungezählter und ungeordneter Horden von Soldaten auf dem Weg in Auffanglager zur Gefangenschaft erlebte ich, wie sich von Mund zu Mund die Nachricht verbreitete, Hitler sei tot! Ich konnte den lauten Ausdruck meiner Freude eben noch dämpfen, als ich gewahr wurde, wie ganze Gruppen von Landsern sich in den Straßengraben setzten und Tränen über den Tod ihres großen Führers vergossen.

Alle hatten wir geschworen: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

In den riesigen Lagern der Kriegsgefangenschaft verbreitete sich alsbald das aus irreführendem Wunschdenken gespeiste Gerücht, die Amis würden aus den Resten der geschlagenen deutschen Armee eine Hilfstruppe zusammenstellen, mit deren Hilfe sie den Iwan über den Ural zurückdrängen wollten. In ihrer Expertise merkt Frau Goltermann an, im Nachkriegsdeutschland habe sich „Ein regelrechter Wettbewerb des Opportunismus, des Abstreitens und des Nichtwahrhabenwollens“ ausgebreitet. Nach heute diskutierten wissenschaftlichen Erkenntnissen litten Millionen Zeitgenossen unter einem „Flashback“, Nachhallerinnerungen die der Psychologe Norbert Kröger als eine „normale Reaktion eines normalen Menschen auf ein unnormales Ereignis“ bezeichnet. Kein Wunder, wenn Goltermann feststellt: „Mehr als 40 Prozent der Bundesdeutschen betrachteten laut Umfrage aus dem Jahr 1951 das „Dritte Reich“ als die beste Zeit ihres Lebens. Sollten Sie Ähnlichkeiten zur Gegenwart erkennen, so ist das kein Zufall.

Die fünfziger Jahre waren im Aufräumen der Kriegstrümmer und im Wiederaufbau oder der Hinnahme zerstörter Lebensformen wie in einem Rausch vergangen. Mit dem Übergang in die sechziger Jahre konnten zwei Generationen auf den Erfolg zurückblicken, eine im Kern demokratische neue Gesellschaft konstituiert zu haben. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag im September 1961 brachten 87,7% der Stimmberechtigten an die Wahlurnen. (Im Vergleich: 70,8% am 27. September 2009).

Die Ära Adenauer geht ihrem Ende entgegen. Die „Spiegel-Affäre“ mit der Durchsuchung der Redaktionsräume und der Verhaftung des Herausgebers Rudolf Augstein sowie mehrerer Leitender Redakteure führt zu leidenschaftlich und aufgeregt geführten Diskussionen in der breiten Öffentlichkeit. Öl ins Feuer gießt Adenauer im Bundestag mit seinem Wort vom „Abgrund von Landesverrat im Lande“.

Nach Umbildung seines Kabinetts im Dezember 1961 tritt Bundeskanzler Konrad Adenauer im Dezember 1963 zurück und gegen seinen heftigen Widerstand übernimmt Ludwig Erhard sein Amt. Erhard setzt auf freie und soziale Wirtschaft und Sozialpolitik. Er verlangt von aufgeklärten Menschen „Maßhalten“.

Die Grundkonzeption der West-Integration mit dem Vorrang der Sicherheit der Bundesrepublik vor einer Wiedervereinigung Deutschlands hatte die Epoche Adenauer geprägt. Zweifellos war die Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik im Vorwärtsdrang erkennbaren Aufschwungs dieser Sinnggebung gefolgt. Sie hatte den Status einer Industrienation wieder erreicht und dabei mental vernachlässigt, bei der Vorwärtsstrategie den Blick zurück auf die jüngste Vergangenheit zu richten.

Ganz sicher führten auch mißverstandene Thesen Erhards zur „formierten Gesellschaft“ geradewegs in die Verbrauchergesellschaft. Der Kampf um die Verteilung des Bruttosozialprodukts war entbrannt. Die „Freißwelle“ war überstanden. Neue Klamotten hatten abenteuerliche Kleidungsstücke aus ehemaligen Uniformteilen und Militärdecken ersetzt. Die Einrichtungswelle war noch nicht ausgereizt. Es wurde aber schon nach dem Auto des Nachbarn geschaut und der Zweitwagen für Mutti kam in die Planung.

Die Zeit war vorbei, in der man noch in der Not die Tuchföhlung zum Kumpel geschätzt hatte. Man nahm Abstand, wenn man den Schweiß des Mitbewerbers roch. Der Markt setzte die Maßstäbe für den Aufstieg; insbesondere für den eigenen. Auf der Strecke blieb die Solidarität! Das Wirtschaftswunder entfaltete seine Blöte.

Im November 1957 hatten die Bürger kurz den Atem angehalten, als Nikita Chruschtschow in einem Ultimatum an die Westmächte-das er im Juni 1961 bei seinem ersten Treffen mit John F. Kennedy erneuerte-gefordert hatte, West-Berlin als eine selbständige politische Einheit zur „Freien Stadt“ umzuwandeln. In Düsseldorf, wo ich zu der Zeit lebte, trieb das den Puls der Bevölkerung nicht sonderlich in die Höhe. Auch fantastische Planspiele, West-Berlin in die Lüneburger Heide umzusiedeln, hatten keine höheren Reizfaktor als das Kiebitzen beim Monopoly. Erst mit dem Viermächte-Abkommen wurde 1972 diese Variante des Kalten Krieges einstweilen zu den Akten genommen.

Als jedoch am 13. August 1961 Walter Ulbricht mit seinem „Antifaschistischen Schutzwall“ seine Staatsbürger in Geiselhaft nahm und in diesem Zusammenhang Berlin-West fest einmauerte, beschleunigte das den Puls des Bundesbürgers zeitweise recht unangenehm. In Berlin rutschten noch einmal die Preise für gutbürgerliche Anwesen in den Keller.

Ludwig Erhards zweites Kabinett endet 1966. Der Kanzler tritt am 30. November zurück. Am 1. Dezember 1966 wird Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler gewählt. Willy Brandt wird Vizekanzler und Außenminister. Wir haben die erste Große Koalition. Eben noch als Bundestagsabgeordneter der SPD in der Opposition spotte ich mit meinen Fraktionskollegen in den nächsten Monaten darüber, wie schön es doch gewesen sei, keine Regierungspolitik unterstützen zu müssen.

Die Große Koalition endet mit der Bundestagswahl im September 1969. Die sichere parlamentarische Mehrheit hatte ausreichen sollen, das Wahlrecht zu reformieren und eine Notstandsverfassung zu verabschieden, die verhindern sollte, daß im Krisenfall der Bundestag durch Notverordnungen ausgeschaltet werden könnte, wie es nach dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung möglich gewesen war. Am 30. Mai 1968 fand die Notstandsverfassung eine Zweidrittelmehrheit.

Die heftigen Diskussionen zu dieser Gesetzgebung hatten eine weite Öffentlichkeit mobilisiert. Politik hatte die Öffentlichkeit wieder erreicht. Im Mai 1962 hatte ich noch in einem Referat provoziert, den Mut zu haben, „von den Wurzeln unserer Geschichte her den Drang nach Freiheit wach zu halten“. Die Jugend schien mir „politisch völlig uninteressiert“ zu sein und sich nur um ihre Ausbildung zu kümmern.

„Zum Gehorsam sind wir alle Zeit viel zu gut geeignet gewesen“ postulierte ich vollmundig.

1964, zwei Jahre später, entging mir - wie den meisten hierzulande - was sich an der University of California in Berkeley ereignete. Mehr als tausend Studenten protestierten in Sitzblockaden gegen die Leitung der Universität, die jegliche politische Agitation auf dem Campus verboten hatte. Heute spricht man von der „Speerspitze der Studentenbewegung in den USA“. Das „Freespeech Movement“ organisierte sich für die Freiheit der Rede. In Demonstrationen wurde gegen den Krieg in Vietnam protestiert. Die Folksängerin Joan Baez unterstützte die Bewegung. Das Redeverbot wurde im Dezember aufgehoben.

Doch wie in einer seismographischen Wellenbewegung erreichte die Unruhe der Jugend nun auch Europa. In Paris besetzten Studenten am 4. Mai 1968 die Sorbonne. Ihr Protest richtete sich gegen ein veraltetes Bildungssystem und den Konservatismus der Regierung. Die Räumung der Universi-

tät mündete in Straßenschlachten, wochenlang legte ein Generalstreik das ganze Land lahm.

Im Oktober hören wir von der „Attacke auf Tokio“. Studenten besetzten gemeinsam mit Arbeitern das Parlament, die US-Botschaft und einen Bahnhof. Sie verurteilen den Krieg in Vietnam, fordern die Demokratisierung der Hochschulen. Auch Italien wurde 1968 nicht nur von studentischen Protesten aufgerüttelt. Wie in Frankreich schließen sich Arbeiter den Ausständen an, deren Interesse über die Bildungsmisere weit hinausgehen und die sozialen Grundwerte ihres Lebens zum Inhalt haben.

Anders verlief der Aufstand der Studenten in der Bundesrepublik. Berechtigte Forderungen zu einer erheblichen Erneuerung der Bildungspolitik mit der Entkrustung erstarrter Formen der Wissens- und Bildungsvermittlung auf allen Ebenen waren der Anlaß, dagegen aufzustehen. Zu keiner Zeit jedoch gelang es den Wortführern und „Aktivisten“ der „Studentenrevolte“, den Funken ihrer Empörung auf andere Schichten der Gesellschaft zu übertragen. Zwar nannten sie sich selbst „Rebellen“, doch sie vermochten den Erwerbstätigen nicht die „beschissene Situation“ einzureden, aus der sie durch Revolution befreit werden sollten. Unsere handgemachten Aufständischen konnten sich niemals aus ihrer Isolation befreien, in die sie sich selbst immer tiefer und hoffnungslos hineinlavierten. Im Gegenteil, die Bundesbürger fühlten sich in erheblichem Maß in ihrer Ruhe, in ihrem Selbstverständnis des selbst produzierten Wirtschaftswunders gestört.

Sammelpunkt und Sprachrohr der nicht verstandenen Aufständischen war lange Zeit der 1946 in Hamburg gegründete Sozialistische Deutsche Studentenbund, der sich zunächst an die SPD anlehnte, die jedoch 1961 einen Unvereinbarkeitsbeschluß faßte, mit dem der SDS vor die Tür gesetzt wurde, der sich damit endgültig antiautoritär gab und später in der APO, der Außerparlamentarischen Opposition, seine politische Bestätigung suchte. In einer Vietnamveranstaltung am 10. Dezember 1966 rief Rudi Dutschke die Außerparlamentarische Opposition aus.

Sieht man in den Ereignissen von Berkeley eine Quelle des Aufbegehrens einer jungen Generation nach dem Ende des zweiten Weltkriegs bleibt als Motiv der Versuch übrig, sich auf der Suche nach einer Welt in Frieden von Formen der Bevormundung durch Obrigkeiten zu befreien. Von anfänglichen Interessenverbindungen mit sozialen Forderungen der Arbeiter, wie in Tokio, Paris und in Italien ist nichts übrig geblieben.

Unsere deutschen „Rebellen“ nährten ihre Auflehnung aus der Irritation ihrer Elterngeneration, die sich in der Ratlosigkeit über ihre eigene Rolle zur Nazizeit kopfüber - wenn nicht kopflos - in den Aufbau einer neuen Existenz gestürzt hatte. Aufklärung konnten oder wollten sie ihren Kindern nicht bieten. Desto mehr fühlten sich diese abgestoßen von dem meist hektischen Bemühen ihrer Eltern im Wettbewerb des Fortschritts das Tempo mitzuhalten. Statt in sozialer Not wuchsen sie in sozialer Kälte auf. Erschöpfte Eltern vermittelten den Standard, durch Wachstum am Wirtschaftswunder teilnehmen zu können. Das seelische Wachstum der Kinder blieb auf der Strecke. So wie ihre Eltern wollten die Jungen ihr Leben nicht gestalten.

Die Berkeley-Revolte brachte immerhin Emanzipation - besonders der Frau. Josef Joffe meint sogar, in hundert Jahren werden Historiker auf die „allergrößten Umwälzungen überhaupt“ verweisen: die Pille! 3,4 Milliarden Frauen hätten sie bereits in den USA benutzt. Dagegen fällt mir zur Motivation unserer späteren Terroristen nur der alte deutsche Spruch ein: Müßiggang ist aller Laster Anfang.

Am besten lasse ich dazu einen anderen sprechen. Thomas P. Becker schreibt im Jahrbuch 2008

des Landesarchivs Berlin: Die Universität war in den sechziger Jahren „immer noch eine Domäne einer wirtschaftlich gut gestellten Mittelschicht, die sich die akademische Ausbildung ihrer Kinder leisten konnte“. Der „antikapitalistische Protest..war also nicht der Protestschrei sozial und wirtschaftlich Benachteiligter.“ Ziel war es „eine Gegengesellschaft zu der bisher bestehenden Wirtschaftswunderwelt aufzubauen.“

Der immer mit sich und der ganzen Welt befaßten Politik in Bonn war inzwischen bewußt geworden, daß sich nicht nur irgendwo da draußen politische Unwetter zusammenbrauten. Die Brandstiftung in zwei Kaufhäusern in Frankfurt am Main am 2. April 1968 durch Andreas Bader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein ließen ahnen, daß jetzt auch im eigenen Hause Schluß mit lustig sei. Die drei Täter wurden am 31. Oktober 1968 zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem Bader durch einen Revisionsantrag zunächst frei kam, floh er nach dem rechtskräftigen Urteil im November 1968 in Richtung Paris und Italien. Bereits im Februar 1970 taucht er mit Gudrun Ensslin schon wieder in Berlin auf, wo er sich 1963 erstmals niedergelassen hatte, um sich dem Wehrdienst zu entziehen.

Am 3. April 1970 wurde er bereits von der Polizei wieder festgenommen. Um Hinweisquellen zu schützen, war eine Verkehrskontrolle fingiert worden. Allerdings wurde er schon am 14. Mai durch Ulrike Meinhof, Irene Goergens, Ingrid Schubert und einem weiteren unbekanntem Mittäter bei einer von Rechtsanwalt Horst Mahler beantragten Ausführung befreit. Der Justizangestellte Georg Linke wurde bei der Aktion niedergeschossen und schwer verletzt. Die Szene feiert diesen Tag als die Geburtsstunde der Rote Armee Fraktion. Bader tauchte bei der Al Fatah in Jordanien unter und unterzog sich einer militärischen Ausbildung. Die Bande war noch im gleichen Jahr in Berlin aktiv und überfiel am 29. September innerhalb von 10 Minuten drei Banken. Mit der Beute begannen sie ihre Logistik zu finanzieren.

Rudi Dutschke erklärt uns in seinem Beitrag zu dem rororo Taschenbuch mit dem Titel „Rebellion der Studenten oder die neue Opposition“ das im Mai 1968 erschienen ist, wann er mit seinen Mitstreitern und Nachläufern erkannt hat, welchen Stellenwert Illegalisierung durch militantes Auftreten gegen die Spielregeln der formalen Demokratie für seinen Lernprozeß hatte. „Die Agitation und Aufklärung als Prozeß als Prozeß der Selbstaufklärung der Demonstranten trug sinnlichen Charakter.“ Er bezeichnet die Überraschung der der „Hüter der Ruhe und Ordnung“ als „Beginn unserer Kulturrevolution“.

Interessant ist, daß eine Demonstration gegen den Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombe beim Berliner Senat am 18. Dezember 1964 erstmalig in einer „Aktionsbesprechung“ zwischen dem SDS und der FDJ-West-Berlin vorbereitet worden war. Das Ereignis, das nach Rangeleien mit einem „Tomaten-Terror-Bombardement“ - wie Dutschke es bezeichnete - endete, wurde als Vorkommnis verbucht. Ein Frühwarnsystem war noch nicht modern. Es wurde folglich weder aufgeregter Aktionismus ausgelöst, noch konnten selbstberufene Bedenkenhaber sich damit profilieren.

Ebenfalls als politischer Unfug wurde eine am 2. April 1967 in der Berliner Kommune I unter etwa 20 Teilnehmern beratene Aktion gegen den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Humphrey gewertet. Zwar wurden drei Tage später mit anderen Dieter Kunzelmann, Rainer Langhans und Fritz Teufel vorläufig festgenommen. Es wurden Beutel mit Pudding und Farbstoff gegen ein paar Bäume geworfen und die Presse hatte ihr historische gewordenes „Pudding-Attentat“.

Dramatische Aufmerksamkeit löste dann allerdings der Todesschuß des Kriminalobermeisters Karl-Heinz Kurras auf den Studenten Benno Ohnesorg im Zusammenhang mit der Auflösung einer Demonstration an der Deutschen Oper gegen den Besuch des Schah von Persien am 2. Juni 1967 aus. Mit dem tragischen Tod eines jungen Menschen aber hatten die Feinde unserer demokratischen Gesellschaft einen Märtyrer, der zum Symbol für die „Bewegung 2. Juni“ stilisiert wurde, einer hochkriminellen Bande, die uns noch viel zu schaffen machen sollte.

In der Politik brachen jetzt Debatten darüber aus, wie sich der Rechtsstaat mit dieser Bedrohung im Innern bei Beachtung aller Grundrechte verhalten sollte. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages konnte ich als Mitglied des Innenausschusses am 9. Februar 1968 dazu Stellung nehmen. Angesicht vieler Meinungen und nicht geringer Ratlosigkeit beschwor ich, daß es in der Abwehr der Bedrohungen „keine Schwankungen in der Verhältnismäßigkeit der Mittel“ geben dürfe. Jeder müsse sicher sein, „daß die Verantwortung ausschließlich und letzten Endes bei der Politik liegt... Wir haben den Kopf hinzuhalten, damit nicht andere, auch und gerade jene, die von unseren Entscheidungen abhängig sind, sich ihren Kopf darüber zerbrechen müssen, welches Verhalten oder welche Haltung wir in diesen Fragen einnehmen.“

Im Dezember 1968 wurde ich nach der noch gültigen Verfassung in Berlin-West vom Abgeordnetenhaus als Polizeipräsident gewählt. Am 2. Januar 1969 nahm ich die Arbeit auf und habe mich über mehr als 18 Jahre an diese Prämisse gehalten. Damit habe ich nicht nur Freunde gehabt.

Die rebellierenden Studenten hatten ihre Aktionen vom Campus der Freien Universität in die Straßen der Stadt verlagert. Zu zwei großen Demonstrationen am 18. Januar war in Flugblättern zum Kampf gegen die Bullen als Schützer des Imperialismus aufgeheizt worden. Eine Veranstaltung endete vor dem Haus der Zentrale der SPD in der Müllerstraße, dem Boulevard des Arbeiterbezirks Wedding. Die polizeiliche Abschirmung verhinderte die Entladung von Wut und Gewalt, zu der per Flüsterpropaganda unter den Teilnehmern aufgeladen worden war. Stattdessen verkrümelten sich viele starke Gruppen in die U-Bahn, aus deren Stationen am Kurfürstendamm und an der Tauentzienstraße, der Westberliner City, sie alsbald wieder auftauchten. Mitten im flanierenden Publikum schwammen diese „Streetfighter“ nach Stadtguerillataktik wie die Fische im Wasser. Als die Gelegenheit günstig war, entlud sich die angestaute Aggression einige hundert Meter entfernt. In weniger als fünf Minuten waren Schaufenster des Kadewe, der Hochburg des Konsums, zertrümmert. Die Helden zerstreuten sich augenblicklich, vielleicht auch wieder in die U-Bahn. Herbeigeeilten Polizeikräften blieb nur die Aufgabe, die Auslagen der Schaufenster vor Plünderung zu schützen. Die auflagenstarke „Berliner Morgenpost“ bescheinigte - belegt durch eine Flut von Leserbriefen - dem Polizeipräsidenten einen schlechten Start.

Dutschkes Kulturrevolution war auf dem Campus ausgebrochen. Im zurückliegenden Jahr 1968 war jede zweite Demonstration unfriedlich zu Ende gegangen. Gewalt beherrschte die Straßen. Auch wenn Aufzüge zwar gesetzmäßig angemeldet waren, hetzte die Flut der begleitenden Flugblätter, die natürlich anonym hergestellt waren, zu maßloser Gewalt auf. In einem verschwurbelten Aufsatz schreibt Dutschke: „In den vierziger Jahren glückte allein den chinesischen Massen der Sprung vom Reich der imperialistischen Exploitation ins Reich der sozialistischen Armut, die der Ausgangspunkt einer wirklichen Bedürfnisbefriedigung der Massen Chinas wurde.“ Er beendet diese Erkenntnis mit dem Satz: „Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen“. Wie das umgesetzt werden sollte, sagt er kurz davor: „Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten.“

Vorher hatte er Schlußfolgerungen gezogen: „Die Durchbrechung der Spielregeln der herrschenden kapitalistischen Ordnung führt nur dann zur manifesten Entlarvung des Systems als Diktatur der Gewalt, wenn wir zentrale Nervenpunkte des Systems in mannigfaltiger Form (von gewaltlosen offenen Demonstrationen bis hin zu konspirativen Aktionsformen) angreifen - so zum Beispiel das Abgeordnetenhaus, Steuerämter, Gerichtsgebäude, Manipulationszentren wie Springer-Hochhaus oder SFB, Amerika-Haus, Botschaften der Marionettenregierungen, Armeezentren, Polizeistationen etc.!“

Absolut pragmatisch ging Bernd Rabehl den Höhenflug seines Apostels an. Er nutzte die Straße als echte Bühne: „Bezeichnender Weise waren die ersten, die diese neue Demonstrationstaktik entdeckten, Mädchen oder sehr junge Schüler, indem sie die Hüter der Ordnung in einen Zweifrontenkrieg verwickelten, etwa durch einen zarten Arschtritt oder das Entfernen der Kopfbedeckung, und so dafür sorgten, daß er an beiden Fronten versagte. Die Hilflosigkeit des einzelnen Polizeibeamten angesichts dieser Taktik war nur ein Zeichen für die strategische Fixiertheit der Polizei insgesamt; sie war in unzähligen Manövern auf Bürgerkrieg trainiert, gedrillt auf das Zerschlagen von Arbeiterdemonstrationen und wilden Streiks, also fixiert auf Situationen, in denen „der Feind“ formiert auftritt und nicht vorbereitet auf Protestdemonstrationen von Schülern und Studenten, die beim Angriff der Polizei ihre Formation auflösen und im Großstadtverkehr als „Einzelkämpfer“ untertauchen, um sich dann beim Abzug der Polizei wieder zu sammeln.“

Die Revolution der Revolutionäre, die offensichtlich nicht von Erfolg gekrönt war, stellten diese sich offenbar nach den Denkmustern eines ihrer Propheten vor. Herbert Marcuse, 1898 in Berlin geboren, wurde 1965 Professor für Politikwissenschaft an der University of California in San Diego. Daneben genoß er noch eine außerordentliche Professur an der Freien Universität Berlin. In seinem Werk „Repressive Toleranz“ bekannte er einerseits, die Gesellschaft der Zukunft sei „jenseits von Definition und Bestimmung“. Aber er weiß, wie es weitergehen könnte. In seiner Veröffentlichung „Ethik und Revolution“ sagt er, selbst nach der Revolution einer Minderheit könne es um des Fortschritts willen nötig werden, daß sich eine vorübergehende erzieherische Diktatur anschließen müsse, welche die Menschheit erst zu der Freiheit erzieht, um derentwillen diese Revolution durchgeführt wurde.

Die Menschen, die dieser Erziehung entgangen sind, waren auf den Straßen von Berlin nicht für die Bewußtseinsbildung zur Kulturrevolution zu gewinnen. Sie wollten - jedenfalls politisch - ihre Ruhe haben und den Rückstand aufholen, den sie den „Wessies“, wie sie die Landsleute westlich der Elbe nannten, gegenüber hatten. Während jene am Wirtschaftswunder bastelten, lebten sie im Auge eines Orkans, den man Kalter Krieg nannte. Alles, nur ruhig war es in diesem Fokus nicht. Was für Stalin Demokratie bedeutete, erfuhren sie, als seine Statthalter in Berlin die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED erlebten. Nur im Westteil der geschundenen Stadt erzwangen die Mitglieder eine demokratische Abstimmung, mit der sie sich der Zwangsvereinigung entziehen konnten. Im Ostteil erlitten diejenigen, die diese Vereinnahmung verweigerten, politische Verfolgung und nicht wenige verloren das Leben.

1948 brachen sie im Westen mit ihrem Trotz die Blockade der Stadt durch die Sowjets. Noch war keine Mauer um die Stadt gezogen. Stattdessen lockte der SED-Magistrat mit Frischmilch und Sonderlebensmittelkarten zum Einkauf im sowjetisch besetzten Sektor. Doch die so umworbenen hungerten und froren die Belagerer nieder. Das gelang mit der Hilfe der Westalliierten, mit der historisch gewordenen Luftbrücke. Aus Siegern waren Beschützer geworden.

Und auch die totale Einmauerung ihres Stadtteils steckten die Berliner 1961 schließlich nach an-

fänglicher Empörung und Enttäuschung über die Westalliierten, die nichts dagegen unternahmen, weg.

Auch die Schikanen auf den Autobahnen, die als Transitwege nach Westdeutschland ausgehandelt worden waren, erschütterten die Westberliner nicht. Nahezu stoisch nahmen sie auch diese Demütigungen hin. Als aber die Unruhe der Jugend in der westlichen Welt auch ihre eigenen Enkel infizierte, nahmen sie das nicht hin und waren keiner Agitation aus dieser Richtung zugänglich. Wem die nicht rosigen aber friedlichen Lebensumstände hier nicht gefielen, der möge sich nach Osten scheren. Punkt.

Die zunächst und zu recht unzufriedenen Studenten, erfaßt von der Unruhe einer Generation, waren weit über jedes mit Maßstäben der Vernunft zu messende Ziel hinausgeschossen. Die Gesellschaft, die sie nicht reformieren sondern revolutionieren wollten, hatten sie nicht einmal erreicht - sie hatten sie verfehlt. Zwischen sich und der „Masse“, dem „Proletariat“ ihrer Vorstellungen, hatten sie eine Front errichtet. Was beide unüberwindlich trennte, war blanker Haß.

Rabehl beschrieb die Lage nach seiner Wunschvorstellung so: „Politikerkaste und Polizeikorps bildeten gleichermaßen eine abgeschlossene und autonome Gruppe in der Gesellschaft.“ Weil diese Gesellschaft sich nicht für die Revolutionsabsichten vereinnahmen ließ, wurde sie im Sprachgebrauch der abgewiesenen Liebhaber zur „Schweinegesellschaft“. Eine Eroberung hatten die Rebellen immerhin gemacht. Den Mob hatten sie auf ihre Seite gezogen. Allerdings nicht den Mob, der im Kommunistischen Manifest 1847 von Karl Marx noch als Lumpenproletariat, als „passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“ beschrieben wird, das bereitwillig sein wird, „sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen“. Auch die Definition des Fremdwörterbuchs des Duden von 1977 als „Pöbel, kriminelle Bande, organisiertes Verbrechen“ scheint mir unserer Zeit noch etwas voraus zu eilen. Besser paßt da, was die Brockhaus Enzyklopädie in der Ausgabe von 1971 darlegt: „Wahllos zusammenströmende, emotional feindselig handelnde Volksmenge.“

Soziologisch ist der Mob nicht mehr einer Schicht der Gesellschaft zuzuordnen. Mob sind die von Rabehl gefeierten „Mädchen und sehr junge Schüler“, die dabei sein wollen, wenn es auf der Straße Rabatz gibt. Randalie war „un“politisch geworden.

Zwischen allen Stühlen saß die Polizei. Die klassische Auffassung, die demokratisch legitimierte Gewalt des Staates müsse jeder Art anarchistischer Gewalt mit Erfolg begegnen und den inneren Frieden sichern, notfalls wiederherstellen, war überholt. 1929 verbot der Berliner Polizeipräsident Karl Friedrich Zörgiebel alle Demonstrationen zum 1. Mai. Er erklärte: „Ich bin entschlossen, die Staatsautorität mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen.“ Der preußische Innenminister Alber Grzesinski verlautbarte dazu, er werde „gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos eingreifen.“ Der 1. Mai wurde zum „Blutmai. Es gab 33 Tote, 198 Verletzte und 1.228 Festnahmen. Die Polizei hatte 10.981 Schüsse aus Karabinern und Pistolen abgegeben.

Es mußte gelingen, die Spirale der Gewalt zu unterbrechen. Wer waren als polizeiliches „Gegenüber“ die Randalierer, die Chaoten? Was Gustave Le Bon bereits 1895 in „Psychologie der Massen“ niedergeschrieben hatte, fand auf der Straße seine Bestätigung: „In allem, was Gegenstand des Gefühls ist: Religion, Politik, Moral, Sympathien und Antipathien usw. übertragen die ausgezeichnetsten Menschen nur selten das Niveau der gewöhnlichen einzelnen.“ Die Masse sei dem Alleinstehenden intellektuell stets untergeordnet. Der Redner, der die Masse hinreißen will, muß starke



Ausdrücke gebrauchen. Er muß beteuern, wiederholen, niemals darf er den Versuch machen, einen Beweis zu erbringen.

Man könnte glauben, unsere hausgemachten Rebellen hätten le Bon studiert. Mir kam es zuerst darauf an, die Polizeibeamten im Einsatz davon abzuhalten, auf die taktisch gewollten Provokationen einzugehen. Bei den jungen Beamten gelang das einigermaßen, denn sie standen ihrer eigenen Generation gegenüber. Sie mußten Schmähungen wie: „SS-Schergen“ oder „Nazischweine“ an sich abtropfen lassen. Dabei hatten sie noch zu erdulden, von Zuschauern und Neugierigen als Feiglinge beschimpft zu werden, weil sie die Chaoten nicht wegjagten oder auf der Stelle festnahmen.

Meine Bemühungen, die Mitarbeiter für solche Situationen demokratiefest zu machen, erschöpften sich nicht darin, ihnen gut zuzureden. Kurz nach meinem Amtsantritt hatte ich als Zeichen eine Polizeidienstvorschrift geändert. An die Stelle von : „Der Kontakt mit dem Publikum ist auf das Notwendige zu beschränken“ hatte ich gesetzt: „Das Gespräch mit dem Bürger ist zu suchen.“ Das war für nicht wenige Führungskräfte, die noch zu mehr militärischen Formen der Menschenführung neigten, eine gewollte Kampfansage. Die Mehrheit der führenden Mitarbeiter schloß sich allerdings ohne Zögern meiner Linie an. Im Laufe der Jahre mußte ich nicht mehr erläutern, daß nur Demokraten bereit sein können, vorbehaltlos für die Demokratie einzutreten. Mitarbeiter müssen Mitdenker sein, war meine Forderung zur Menschenführung.

In der politischen Auseinandersetzung mußte ich die Gewalt abschöpfen um die friedliche Austragung von Konflikten möglich zu machen. Konflikte zu vermeiden, wie es heute noch manche Politiker es sich wünschen, ist nicht Aufgabe der Staatsgewalt.

Die Anstrengungen, Gewalt aus den Begegnungen miteinander streitender Kräfte herauszufiltern, wurden erheblich behindert durch einen Mann der Kirche, der aus seiner Sicht nur das Beste wollte. Ein Zitat aus jahrelangen Briefwechseln mit Professor Dr. Helmut Gollwitzer, der den Studenten und der APO nahestand, läßt den Kern der Kontroverse unmißverständlich darstellen. Auf eine Situation „Ostern 1968“ eingehend, schildert mir Gollwitzer, Studenten hätten ihn telefonisch zu einer Versammlung in der TU gerufen, um zu verhindern, daß empörte Massen von Studenten auf die Straße eilen und den nächsten Polizisten lynchen. Es sei ihm gelungen, die Studenten zu beruhigen, „ohne daß uns dies der Berliner Polizeipräsident bisher gedankt hätte. Dort habe ich u. A. zu den Studenten gesagt, bisher seien sie nur durch Polizisten verprügelt worden, hätten sich aber nie an einem Polizisten vergriffen, sondern höchstens an einer Sitzungszimmertür in der Universität, und ich beschwörte sie, diese Grenze zwischen der Gewalt gegen Sachen und der Gewalt gegen Personen streng innezuhalten....“

Die verheerende Wirkung diese einen Satzes ist bekannt. Für die Rebellen war der Polizist längst schon der Bulle. Der Schritt zur weiteren Versachlichung war programmiert. Der gewaltsame Angriff auf den Polizeibeamten war eingeseget. Immer wieder habe ich Gollwitzer gebeten, seinen Satz zu widerrufen, nachdem er seine schreckliche Auswirkung selbst ermessen könnte. Das ist nie geschehen.

Am Sonntag, 18. November 2009 lese ich in der Berliner Morgenpost ein Interview, in dem der Präsident der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, Günter Stock, wörtlich sagt: „Ich war sogar ein leidenschaftlicher 68er, habe demonstriert für die Entrümpelung der Unis. Von der Bewegung distanziert habe ich mich, als es hieß: Gewalt gegen Menschen - nein, Gewalt gegen Sachen - ja. Das war der Punkt, den ich nicht mittragen wollte. Gewalt ist Gewalt, und bei den Sachen

ist es ja dann auch nicht geblieben.“

Auf der Suche nach Wegen, aus der immer intensiver werdenden Steigerung der Gewalt herauszukommen, stieß ich zunächst auf das 1971 erschienene Buch von „Aggression“ von Prof. Friedrich Hacker. Von seinen Thesen berührten mich zwei ganz besonders: „Gewalt ist auch, was sich als Gegengewalt berechtigt fühlt.“ „Nur die jeweiligen Besitzer, nicht die Habenichtse der Gewalt können Gewalteskalation und Brutalisieren durch Gewaltbeschränkung und Gewaltabstinz verhindern.“ Sein 1973 erschienenes Buch hat zeitlich fast folgerichtig den Titel: „Terror“. Im letzten Absatz schreibt er: „Alle Optionen jenseits der sterilen Wahl Tyrannei oder Anarchie bedürfen der phantasiereichen Erfindung und Planung, des mutigen Experimentierens und des beharrlichen Engagements.“ Nach Begegnungen und Gesprächen in Berlin schrieb er mir am 16. November 1981 die Widmung in sein Buch: „Herrn Präsident Klaus Hübner der praktisch mit großem Mut durchführt, was wir theoretisch fordern.“ Gut geschrieben, aber wie gemacht?

Wir mußten Gollwitzer unterlaufen. Meine hervorragenden Mitarbeiter auf der Suche nach neuen Formen zum Schutz der Inneren Sicherheit brachten mir Siegfried Schubenz - nahezu direkt von der Straße - ins Haus. Der 35jährige Psychologe, tätig an der Freien Universität, entsprach äußerlich mit feuerrotem Vollbart dem Bild der studentischen Rebellen auf dem Weg in die Außerparlamentarische Opposition. Er hatte eine psychologische Stellungnahme zu den innenpolitischen Ereignissen in Berlin verfaßt.

Auf meine Frage, wie er es beurteile, staatliche Gewalt einzusetzen, wenn es keinen anderen Ausweg gäbe, illegaler Gewalt Herr zu werden, analysierte er den Zusammenhang von Ursache und Wirkung.: „Offensiv vordringende Polizeikräfte schaffen psychologisch notwendig den Eindruck einer kriegsähnlichen Kampfsituation und lassen als logische Folge ein Freund-Feind-Schema entstehen.“ Ich gab nicht nach, „Sollte ich die Hände in den Schoß legen?“ Er konterte: „Sie sind Teil des Regierungssystems, und Gegengewalt führt nur mit Sicherheit zur Eskalation. Ich kann nur sagen, wo es anfängt und wo es hinführt.“

Damit war ich wieder auf Hacker zurückgeworfen. Der hatte bereits eine These dazu aufgestellt: „Probleme, die nur mit Gewalt gelöst werden können, müssen neu gestellt werden.“ Meine Gespräche mit Schubenz kreisten bald um die Frage, wie Hemmschwellen zur Gewaltanwendung höher gezogen werden können. Patentrezepte hatte er nicht parat und ich wurde kein Psychologe. Und dann war plötzlich eine Lösung da. Gollwitzer war unfreiwilliger Pate: „Was unterscheidet Mensch und Sache?“ Wir hatten die Lösung: Es ist die Sprache!

Die Umsetzung ging blitzschnell mit Hilfe meiner kreativen Mitarbeiter. Über ein Fernschreiben an alle Dienststellen rief ich Freiwillige auf, mit mir eine völlig neue Einsatzform zu erproben. Es versammelten sich dann an einem Apriltag 1969 sechzig Beamte in einem kleinen Saal in Moabit, wo ich ihnen sagte, daß es für das Unternehmen weder Beispiel noch Dienstvorschrift gäbe. Wir wollten versuchen, in einer verkrampten Situation, in der sich die verhärteten Fronten der Streetfighter und der Polizei - wie gewohnt - auf äußerte angespannt aber wortlos gegenüberstehen und auf den Ausbruch des Krawalls warten, einfach die Leute anzusprechen, die bereits sichtlich den Stein in der Hand haben, der als erster und als Auftakt fliegen soll. Keine psychologischen Verrenkungen seien dafür erforderlich, sondern nur die Frage: „Warum willst Du einen Stein schmeißen?“ Die Hoffnung sei, daß der Verblüffung über einen sprechenden Polizisten eine Fortsetzung des Gesprächs folge. Das Thema sei egal und die Rhetorik so, wie der Schnabel gewachsen ist. Ziel sei nur eine Auflockerung der gefährlichen Spannung. Wer also Lust habe mitzuwirken, möge am nächsten Tag zur Stelle sein.

Am nächsten Morgen stellten sich 47 abenteuerbereite Mitarbeiter ein. Nochmals wurde gesagt, daß es keine Vorstellung über den Ausgang des Experiments gäbe und das jeder davon zurücktreten könne, wenn er sich nicht für die Sache geeignet fühlt. Alle blieb dabei und ich machte den Hauptkommissar Werner Textor zum ersten Leiter der Mission. 1967 hatte er bereits bei Zusammenrottungen am Kurfürstendamm im Lautsprecherwagen gegessen und seine Durchsagen fern jeder Dienstvorschrift kabarettistisch gewürzt. Er kündigte den Einsatz des Wasserwerfers als Wasserspiele an, gab Fußballergebnisse durch und räumte bei einer Sitzblockade den Kommilitonen im 17. Semester eine Verschnaufpause ein. Damit lockerte er die Verkrampfungen der Szenerie auf. Als sich bei einem Einsatz Innensenator Kurt Neubauer zu Textor in den Lautsprecherwagen setzt, um sich selbst ein Bild von dessen Entertainment zu machen, wird die Lage plötzlich etwas unübersichtlich. Darauf Textor zu Neubauer: „Nasse Hände, wa?“

Für eine veränderte Grundhaltung zu Einsätzen bei den ständigen Unruhen war es 1967 noch zu früh. Jetzt aber stand Textor an der Spitze der neuen Einheit an der richtigen Stelle. Die nächsten Wochen wurden zur intensiven Unterweisung der Mitarbeiter in die gegenwärtige politische Lage genutzt. Sie nahmen die Herausforderung der Rebellen zum Lernprozeß auf. Bald kannten sie die Reformentwürfe zur Studienreform besser als die Studenten im Campus. Referenten aus allen politischen Lagern wurden gefunden, mit denen die Beamten diskutierten und sich auch intensiv auseinandersetzen konnten.

Die Einheit nannten wir „Diskussionskommando“. Zweifellos eine total widersinnige Bezeichnung. Sie resultierte allerdings allein aus der Absicht, eine sofort einsetzbare Gruppe zur Verfügung zu haben. Die Einrichtung einer neuen Dienststelle und den dazugehörigen Planstellen hätte viele Monate gedauert. Senatsdienststellen und Personalvertretungen, bei großen Meinungsverschiedenheiten etwa gar das Parlament hätten beteiligt werden müssen. Ein Kommando war aber kurz einzurichten und ebenso kurz zu beenden. Ihrer Kopfzahl wegen hatte die Einheit ohnehin im Handumdrehen den Spitznamen „Gruppe 47“.

Ein erster Einsatz kam noch kurz vor Beendigung der Einweisungsphase im Mai. Aus der Staatlichen Ingenieurakademie „Beuthschule“ wurde die Polizei gerufen, weil der Lehrbetrieb durch Störer erheblich behindert sei. Etwa ein Dutzend Leute aus unserer Diskussionsgruppe wurde mit Hallo und Verblüffung über ihre geringe Anzahl empfangen. Sie begannen sofort nach den Ursachen der Aufregung zu fragen und begannen eine Diskussion über die Hochschulreform. Von Hausfriedensbruch war keine Rede. Die Lage normalisierte sich. Strafanzeigen wurden nicht erstattet. Eine Polizeimütze wurde im Anfangsgewühl von mutigen Störern erbeutet. Bei einer späteren Vollversammlung wurde sie mit launigen Worten an die Polizei zurückerstattet. Die dienstliche Forderung eines nicht beteiligten höheren Polizeibeamten, wegen Untätigkeit nach einem Diebstahl polizeilichen Eigentums strafrechtliche Ermittlungen aufzunehmen, ging zu den Akten.

Kurze Zeit danach verlief der erste größere Einsatz an der Universität dramatischer. Mit der Forderung auf Räumung hatte die Juristische Fakultät die Polizei gerufen. 500 Personen hatten das Gebäude besetzt. 20 Beamte der Diskussionsgruppe fuhren zum „Tatort“ und wurden von den Besetzern abgewiesen, das Haus zu betreten. „Bewaffnete Bullen kommen hier nicht rein!“ Höflich fragten unsere Leute, ob sie ohne Waffen hineinkommen dürften. Verblüfft ließ man sie ein und für vier Stunden wurden sie nicht mehr gesehen und nicht gehört. Meine vorgesetzte Dienstbehörde zeigte Anzeichen hoher Nervosität. Man war sicher dabei, einen Cordon sanitaire um den Senator zu errichten, um ihn aus dem Schlamassel herauszuhalten, das dem Polizeipräsidenten drohte. Man hatte mir schon zuvor einmal angedeutet, daß man aus dem Parlament Signale erhalten habe, es sei nicht Sache des Präsidenten, Politik zu machen.

Nach vier Stunden der Ewigkeit öffneten sich die Türen des Hauses der Juristischen Fakultät. Mit-einander plaudernd kamen Polizisten und Studenten heraus. Mein Einsatzleiter meldete mir lakonisch: „Wie haben ein Sit-In in ein Teach-In umfunktioniert.“

Bei den folgenden Einsätzen auf den Straßen gelang es zunehmend, den Rädelsführern ins Handwerk zu pfuschen. Obwohl es niemals darauf angelegt war, wurden unsere Diskutierer als „Psychobullen“ bezeichnet. Die Einsätze verlagerten sich bei verminderten Zwischenfällen auf den Straßen in den Campus der FU. Dort waren unsere Leute bald ins Straßenbild integriert. Im Austausch der kaum zählbaren Veröffentlichungen der Szene mit amtlichen Drucksachen zur Hochschulreform wurden unsere Leute zu einer Clearingstelle - endlose Diskussionen eingeschlossen.

Die Gewalt als Massenereignis auf den Straßen abzuschöpfen war ein langer und zäher Prozeß. Zur Gewaltvermeidung gehörte jedoch untrennbar die Verfolgung der Straftaten als Folge der unaufhörlichen Aufheiz-Agitation zu angemeldeten Aufzügen. Es wurde nur noch von Kampf-Demonstrationen gesprochen und geschrieben. Bei aller Mühe in Vor- und Nachbereitung der Polizeieinsätze gelang es niemals völlig, bei der Festnahme von Personen sorgfältig zwischen Störern und Straftat-Verdächtigen zu unterscheiden. Solche Gemengelagen waren gefundenes Fressen für die spezialisierten - um nicht zu sagen - organisierten Strafverteidiger. Gelang es zunehmend durch immer mehr verfeinerte Observation Straftaten und Straftäter in der Masse zu erkennen und auch bei geeigneter Gelegenheit festzunehmen, blieb es schwierig, bei den oft spät folgenden Gerichtsverhandlungen Täter und festnehmende Beamte beweiskräftig einander zuzuordnen. Wir gingen zeitweise dazu über, unmittelbar nach Festnahme den Tatverdächtigen und den Polizeibeamten auf einem Polaroidfilmbild zu fixieren, das dann untrennbar zum Vorgang genommen wurde.

Später bestätigte uns die Statistik, daß wir auf dem richtigen Weg waren. Wurde noch 1968 jede zweite Demonstration unfriedlich beendet, waren es 1969 noch 35,6 Prozent. Nach 28,8 Prozent in 1970 hatten wir im folgenden Jahr die „Schadensquote“ auf 3,5 Prozent senken können. Zweistellig vor dem Komma wurden diese Ereignisse nur noch 1972 und 1973 mit 16,1 und 10,5 Prozent. Bis 1980 wurde nicht mehr zweistellige Ziffern vor dem Komma erreicht. Nämlich 1974 = 6,0 Prozent, 1975 = 7,0 Prozent, 1976 = 3,9 Prozent, 1978 = 5,0 Prozent, 1971 = 1,0 Prozent und 1980 = 2,0 Prozent.

Mit den greifenden Reformen der Hochschulen war ein Thema der Studentenrebellion erschöpft, nicht jedoch die Lust an Anarchie und mißverstandener Freiheit. Die absolute Mehrheit der aktiv Rebellierenden machte sich auf den langen Marsch durch die Institutionen. Wir wissen heute, daß fast alle angekommen sind. Die erreichten Positionen in Verwaltung, Parteien, Verbänden und in der Wirtschaft sind zu benoten, von unglaublich bis auskömmlich. Zufrieden scheint keiner geworden zu sein.

Der Mut zum Aufstand schließt zwangsläufig kriminelle Energie ein. Als wir es 1969 mit den umher-schweifenden Haschrebellen zu tun bekamen, glaubten wir noch, deren Protestgehabe der Drogenkriminalität zuschreiben zu können. Tatsächlich entwickelte sich hier kriminelle Bandenbildung mit pseudopolitischem Gehabe. Es entstanden die Kommunen mit Dieter Kunzelmann, Ralf Reinders, Michael Baumann, Ronald Fritsch, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker, die nicht aus der Studentenrebellion her kamen. Die Parole: „legal, illegal, scheißegal“ hatten sie jedoch verinnerlicht. Außer von Rauch und Weisbecker fanden sich alle in der Bande „Bewegung 2. Juni“ wieder. Ihr Weg dorthin war gezeichnet von Anschlägen mit Spreng- und Brandsätzen. Ziele waren Dienststellen von Justiz und Polizei, Konsulate, Richter und Staatsanwälte. Sie bezeichneten sich als Tupamaros. Denkbar, daß sie sich an Denklinien der studentischen Protestler orientierten, die nach

Am nächsten Morgen stellten sich 47 abenteuerbereite Mitarbeiter ein. Nochmals wurde gesagt, daß es keine Vorstellung über den Ausgang des Experiments gäbe und daß jeder davon zurücktreten könne, wenn er sich nicht für die Sache geeignet fühlt. Alle blieb dabei und ich machte den Hauptkommissar Werner Textor zum ersten Leiter der Mission. 1967 hatte er bereits bei Zusammenrottungen am Kurfürstendamm im Lautsprecherwagen gesessen und seine Durchsagen fern jeder Dienstvorschrift kabarettistisch gewürzt. Er kündigte den Einsatz des Wasserwerfers als Wasserspiele an, gab Fußballergebnisse durch und räumte bei einer Sitzblockade den Kommilitonen im 17. Semester eine Verschnaufpause ein. Damit lockerte er die Verkrampfungen der Szenerie auf. Als sich bei einem Einsatz Innensenator Kurt Neubauer zu Textor in den Lautsprecherwagen setzt, um sich selbst ein Bild von dessen Entertainment zu machen, wird die Lage plötzlich etwas unübersichtlich. Darauf Textor zu Neubauer: „Nasse Hände, wa?“

Für eine veränderte Grundhaltung zu Einsätzen bei den ständigen Unruhen war es 1967 noch zu früh. Jetzt aber stand Textor an der Spitze der neuen Einheit an der richtigen Stelle. Die nächsten Wochen wurden zur intensiven Unterweisung der Mitarbeiter in die gegenwärtige politische Lage genutzt. Sie nahmen die Herausforderung der Rebellen zum Lernprozeß auf. Bald kannten sie die Reformentwürfe zur Studienreform besser als die Studenten im Campus. Referenten aus allen politischen Lagern wurden gefunden, mit denen die Beamten diskutierten und sich auch intensiv auseinandersetzen konnten.

Die Einheit nannten wir „Diskussionskommando“. Zweifellos eine total widersinnige Bezeichnung. Sie resultierte allerdings allein aus der Absicht, eine sofort einsetzbare Gruppe zur Verfügung zu haben. Die Einrichtung einer neuen Dienststelle und den dazugehörigen Planstellen hätte viele Monate gedauert. Senatsdienststellen und Personalvertretungen, bei großen Meinungsverschiedenheiten etwa gar das Parlament hätten beteiligt werden müssen. Ein Kommando war aber kurz einzurichten und ebenso kurz zu beenden. Ihrer Kopfzahl wegen hatte die Einheit ohnehin im Handumdrehen den Spitznamen „Gruppe 47“.

Ein erster Einsatz kam noch kurz vor Beendigung der Einweisungsphase im Mai. Aus der Staatlichen Ingenieurakademie „Beuthschule“ wurde die Polizei gerufen, weil der Lehrbetrieb durch Störer erheblich behindert sei. Etwa ein Dutzend Leute aus unserer Diskussionsgruppe wurde mit Hallo und Verblüffung über ihre geringe Anzahl empfangen. Sie begannen sofort nach den Ursachen der Aufregung zu fragen und begannen eine Diskussion über die Hochschulreform. Von Hausfriedensbruch war keine Rede. Die Lage normalisierte sich. Strafanzeigen wurden nicht erstattet. Eine Polizeimütze wurde im Anfangsgewühi von mutigen Störern erbeutet. Bei einer späteren Vollversammlung wurde sie mit launigen Worten an die Polizei zurückerstattet. Die dienstliche Forderung eines nicht beteiligten höheren Polizeibeamten, wegen Untätigkeit nach einem Diebstahl polizeilichen Eigentums strafrechtliche Ermittlungen aufzunehmen, ging zu den Akten.

Kurze Zeit danach verlief der erste größere Einsatz an der Universität dramatischer. Mit der Forderung auf Räumung hatte die Juristische Fakultät die Polizei gerufen. 500 Personen hatten das Gebäude besetzt. 20 Beamte der Diskussionsgruppe fuhren zum „Tatort“ und wurden von den Besetzern abgewiesen, das Haus zu betreten. „Bewaffnete Bullen kommen hier nicht rein!“ Höflich fragten unsere Leute, ob sie ohne Waffen hineinkommen dürften. Verblüfft Heiß man sie ein und für vier Stunden wurden sie nicht mehr gesehen und nicht gehört. Meine vorgesetzte Dienstbehörde zeigte Anzeichen hoher Nervosität. Man war sicher dabei, einen Cordon sanitaire um den Senator zu errichten, um ihn aus dem Schlamassel herauszuhalten, das dem Polizeipräsidenten drohte. Man hatte mir schon zuvor einmal angedeutet, daß man aus dem Parlament Signale erhalten habe, es sei nicht Sache des Präsidenten, Politik zu machen.

Nach vier Stunden der Ewigkeit öffneten sich die Türen des Hauses der Juristischen Fakultät. Miteinander plaudernd kamen Polizisten und Studenten heraus. Mein Einsatzleiter meldete mir lakonisch: „Wie haben ein Sit-in in ein Teach-In umfunktioniert.“

Bei den folgenden Einsätzen auf den Straßen gelang es zunehmend, den Rädelsführern ins Handwerk zu pfuschen. Obwohl es niemals darauf angelegt war, wurden unsere Diskutierer als „Psychobullen“ bezeichnet. Die Einsätze verlagerten sich bei verminderten Zwischenfällen auf den *Straßen* in den Campus der FU. Dort waren unsere Leute bald ins Straßenbild integriert. Im Austausch der kaum zählbaren Veröffentlichungen der Szene mit amtlichen Drucksachen zur Hochschulreform wurden unsere Leute zu einer Clearingstelle - endlose Diskussionen eingeschlossen.

Die Gewalt als Massenereignis auf den Straßen abzuschöpfen war ein langer und zäher Prozeß. Zur Gewaltvermeidung gehörte jedoch untrennbar die Verfolgung der Straftaten ab Folge der unaufhörlichen Aufheiz-Agitation zu angemeldeten Aufzügen. Es wurde nur noch von Kampf-Demonstrationen gesprochen und geschrieben. Bei aller Mühe in Vor- und Nachbereitung der Polizeieinsätze gelang es niemals völlig, bei der Festnahme von Personen sorgfältig zwischen Störern und Straftat-Verdächtigen zu unterscheiden. Solche Gemengelagen waren gefundenes Fressen für die spezialisierten - um nicht zu sagen - organisierten Strafverteidiger. Gelang es zunehmend durch immer mehr verfeinerte Observation Straftaten und Straftäter in der Masse zu erkennen und auch bei geeigneter Gelegenheit festzunehmen, blieb es schwierig, bei den oft spät folgenden Gerichtsverhandlungen Täter und festnehmende Beamte beweiskräftig einander zuzuordnen. Wir gingen zeitweise dazu über, unmittelbar nach Festnahme den Tatverdächtigen und den Polizeibeamten auf einem Polaroidfilmbild zu fixieren, das dann untrennbar zum Vorgang genommen wurde.

Später bestätigte uns die Statistik, daß wir auf dem richtigen Weg waren. Wurde noch 1968 jede zweite Demonstration unfriedlich beendet, waren es 1969 noch 35,6 Prozent. Nach 28,8 Prozent in 1970 hatten wir im folgenden Jahr die „Schadensquote“ auf 3,5 Prozent senken können. Zweistellig vor dem Komma wurden diese Ereignisse nur noch 1972 und 1973 mit 16,1 und 10,5 Prozent. Bis 1980 wurde nicht mehr zweistellige Ziffern vor dem Komma erreicht. Nämlich 1974 = 6,0 Prozent, 1975 = 7,0 Prozent, 1976 = 3,9 Prozent, 1978 = 5,0 Prozent, 1971 = 1,0 Prozent und 1980 = 2,0 Prozent.

Mit den greifenden Reformen der Hochschulen war ein Thema der Studentenrebellion erschöpft, nicht jedoch die Lust an Anarchie und mißverstandener Freiheit. Die absolute Mehrheit der aktiv Rebellierenden machte sich auf den langen Marsch durch die Institutionen. Wir wissen heute, daß fast alle angekommen sind. Die erreichten Positionen in Verwaltung, Parteien, Verbänden und in der Wirtschaft sind zu benoten, von unglaublich bis auskömmlich. Zufrieden scheint keiner geworden zu sein.

Der Mut zum Aufstand schließt zwangsläufig kriminelle Energie ein. Als wir es 1969 mit den umherschweifenden Haschrebellen zu tun bekamen, glaubten wir noch, deren Protestgehabe der Drogen kriminalität zuschreiben zu können. Tatsächlich entwickelte sich hier kriminelle Bandenbildung mit pseudopolitischem Gehabe. Es entstanden die Kommunen mit Dieter Kunzelmann, Ralf Reinders, Michael Baumann, Ronald Fritsch, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker, die nicht aus der Studentenrebellion her kamen. Die Parole: „legal, illegal, scheißegal“ hatten sie jedoch verinnerlicht. Außer von Rauch und Weisbecker fanden sich alle in der Bande „Bewegung 2. Juni“ wieder. Ihr Weg dorthin war gezeichnet von Anschlägen mit Spreng- und Brandsätzen. Ziele waren Dienststellen von Justiz und Polizei, Konsulate, Richter und Staatsanwälte. Sie bezeichneten sich als Tupamaros. Denkbar, daß sie sich an Denklinien der studentischen Protestier orientierten, die nach

Marx und Mao Tse-tung Vorbilder in Südamerika und Afrika gefunden hatten, die sich auch nicht mehr dagegen wehren konnten.

Das Prinzip der Stadtguerilla wurde entwürdigt zum Modus operandi sowohl der kriminell werden- den Haschrebelln, wie der studentischen Rebellen, denen der Marsch durch die Institutionen zu beschwerlich war. Wie Ulrike Meinhof 1970 nach der Befreiung von Baader tauchten sie in den Untergrund ab und hatten den geraden Weg in den Terrorismus angetreten. 1971 hatte ich in einem Vortrag in Königstein im Taunus dies als logische Phase im Revolutionsmechanismus bezeichnet, wenn man die Solidarisierung der Massen nicht erreicht.

Man schämt sich fast für die deutschen Rebellen, die sich Che Guevara (1928 -1967), der als Arzt in Bolivien bei der Begegnung mit der verarmten und ausgebeuteten Bevölkerung zum Kämpfer wurde, zum Vorbild nehmen. Ebenso gilt das für Franz Fanon (1925 -1961), der, ebenfalls ein Arzt, angesichts der kolonialen Situation in Afrika mit seinem Buch „Die Erbärmlichen der Erde“ (Les damnés de la terre) 1961 Anklage erhebt. Total kurios und widersprüchlich wird es aber, wenn nach dem „Handbuch der Stadtguerilla“ mit dem Carlos Marighella (1911 -1969) den Kampf gegen die brasilianische Militärdiktatur vom Land in die Städte verlegen wollte, feige Angriffe auf eine demokratische Gesellschaft angelegt werden.

Wie im Handbuch für Stadtguerilla für einen Freiheitskrieg vorgezeichnet, nutzten unsere Terroristen für ihre Vorbereitung des Schreckens die Medien als Agitationsverstärker, worauf sie automatische bauen konnten. Wir konnten das nur zur Kenntnis nehmen und daraus lernen. Folglich setzten wir auf einen präzisen Gebrauch der Sprache und begannen damit im eigenen Haus. Als Beispiel ließen wir nicht die gebräuchliche Bezeichnung „gewalttätiger Demonstrant“ gelten. Unsere Aufgabe ist es, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu schützen. Wer dieses Grundrecht gewalttätig mißbraucht, begeht Landfriedensbruch, ist ein Straftäter.

Mit gewissem Erfolg vermochten wir Medienvertreter zu überzeugen, daß Terroristen keine „Bekennerschreiben“ sondern „Selbstbezeichnungen“ abgeben, wenn sie ihre Abscheulichkeiten verkünden um Schrecken zu verbreiten, i

Die Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970 in Berlin wurde die Geburtsstunde der Bande Rote Armee Fraktion - RAF betrachtet. Am 9. November 1971 stellen wir umfangreiche Waffen- und Munitionssendungen sicher. Weiter Pakete mit Sprengkapseln, gestohlenen Kraftfahrzeugkennzeichen, Funkgeräten und Polizeiuniformen.

Kriminaltechnisch ist alles Mitgliedern der RAF zuzuweisen. Überfälle auf eine Bankfiliale und die Hauptkasse der Technischen Universität am 22. und 24. November tragen die Handschrift der Bande.

Wir hatten, wie später auch andere Bundesländer, eine Sonderkommission gebildet. Aus Unterlagen des BKA schlossen wir auf Aktivitäten der RAF in Berlin. Konzentrierte Kleinarbeit führte uns am 30. November 1971 zu einem Ford Transit, der mit gefälschtem Kennzeichen am Winterfeldplatz abgestellt war. Das am 16. November bereits gestohlene Fahrzeug observierten wir lückenlos bis die Ereignisse am am 4. Dezember um 17:15 Uhr, einem verkaufsoffenen Sonnabend, einen rasanten Verlauf nahmen. Bereits in der Dunkelheit setzt sich ein Mann in den Wagen und fährt nach 6 Minuten los. Gleichzeitig setzt sich ein VW Variant in Bewegung. Unsere Observanten schließen sich sofort an und verständigen über Funk weitere Kräfte, die schon dafür bereitstanden. Nur 400 Meter weiter verlassen drei Männer in der Eisenacher Straße ihre beiden Fahrzeuge. Innerhalb der zwei Minuten, die bis dahin vergangen waren, hatten die Verstärkungskräfte noch gar nicht per-

flücht die Verbindung zu dem ersten unserer Fahrzeuge aufnehmen können. (Später emt Innenausschuß des Abgeordnetenhauses belustigten Spott Ober meine Erklärung des «Gitterneffekts", der den Funkverkehr im Stadtbereich durch Störfelder beeinträchtigen kann.)

Aus unserem ersten Fahrzeug springen zwei Beamte heraus und fordern mit gezogener Schußwaffe die drei Verfolgten auf, sich mit dem Gesicht zu einer Hauswand aufzustellen. Sie sind sicher, daß die Verstärkung durch ihre Kollegen sogleich eintreffen müßt». Einer der drei Männer an der Hauswand ergreift plötzlich die Flucht. Es ist Michael Baumann. Jetzt geschieht, was In jedem schlechten Kriminalfilm abgespult wird. Ein Beamter übernimmt sofort seine Verfolgung, aber Baumann entkommt in der Dunkelheit.

Jetzt steht ein Beamter allein hinter zwei Männern. Plötzlich dreht sich einer - es ist Georg von Rauch - um und schießt auf den Beamten. Dieser schießt im Reflex zurück. Beide brechen zusammen» Der Beamte schleppte sich mit Bauchschuß auf die andere Straßenseite. Von Rauch ist ins Auge getroffen und sofort tot

Eine Frau hat aus ihrem Fenster das Geschehen beobachtet, glaubt an einen Raubüberfall und ruft den Polizeinotruf 110 an. Dort ist der Ablauf des Geschehens auf Tonband festgehalten. Wir haben, wie mein Freund Horst Herold sagen würde, einen sprechenden Tatort Tatsächlich gelingt es im BKA später die Schallwellen der beiden Schüsse zu identifizieren.

Von Rauch hatte mit seiner Waffe, Kaliber 9 mm, eine Zehntelsekunde früher geschossen als der Beamte mit seiner Waffe vom Kaliber 7,65 mm. Eine tragische Duells-Situation.

Am 7. Dezember begannen die Beratungen im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses, die sich bis Ende Februar 1972 hingen. Die FDP-Fraktion stellt am 10. Januar im Fernsehen das Vorgehen der Polizei gründlich in Frage. Ihr Antrag, den Polizeipräsidenten von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte vorläufig zu entbinden, findet keine Mehrheit.

Die Bande 2. Juni legt nach. Am 2. Februar verübt sie einen Sprengstoffanschlag auf den Britischen Yachtclub. Der Bootsbauer Erwin Beelitz findet dabei den Tod. Einen Monat später explodiert ein Sprengsatz am Gebäude der Zentrale der Kriminalpolizei.

Nicht nur die Zunahme der politisch motivierten Gewalt hatte uns veranlaßt, neue Formen der Verbrechensbekämpfung zu suchen. Bei einem Banküberfall am 4. August 1971 in München riß der Räuber Rammelmeier eine junge Frau, die er als Geisel genommen hatte, mit einem Schuß aus seiner Pistole mit in den Tod, als ihn selbst der Todesschuß aus einer Polizeiwaffe traf.

Mir war klar, daß diese Eskalation der Gewalt in der Kriminalität des Alltags nicht mehr mit den Mittein der Streifenpolizei zu begegnen war. Mit meinen engsten Mitarbeitern konzipierten wir eine Sondereinheit, die nur aus Freiwilligen zu bilden war. Das Konzept lag im Oktober vor. In überaus sorgfältiger Auswahl filterten wir aus 173 Bewerbern 67 Beamte heraus\* von denen zum Schluß 49 zwischen 27 und 40 Jahren alte Beamte am 1. November 1972 in das erste halbjährige Training gingen. Ab Typ wählten wir, wie es mein damaliger Chef der Schutzpolizei, Erhard Börner formulierte, den Astronauten, hoch belastbar bei überdurchschnittlichem Intelligenzquotienten\* mit Urteilsvermögen und starker Entschlußkraft bei kühlem Abwägen.

Des Attentat auf die israelische Olympiamannschaft am 05.09.1972 hatte die Bundesregierung veranlaßt, ebenfalls eine Sondereinheit aufzustellen. Es entstand die GSG 9, mit der bereits in den



Ausbildungsphasen Erfahrungen ausgetauscht werden konnten. Nach Besichtigung durch die drei westlichen Stadtkommandanten war das SEK Im Juni 1973 einsatzbereit. Beim ZG-jährigen Jubiläum konnte die Einheit auf 7.250 Einsätze zurückblicken, bei denen 2.650 gefährliche, meist bewaffnete Tatverdächtige festgenommen worden waren, ohne das einmal auf Personen geschossen worden war.

Unter den Festgenommenen waren 29 aus unserer terroristischen Bandenszene. Bei einer Pressekonferenz nach einer solchen Festnahme antwortete ich einer Journalistin auf ihre Frage, wie den beispielsweise eine solche Festnahme vor sich gehe?: „Im Allgemeinen vor der Begrüßung“.

An einem unserer Informationsabende stand ich mit dem Präsidenten des Kammergerichts, Gunter von Drenkmann und dem damaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, Wolfgang Zeidler, der später Präsident des Bundesverfassungsgerichtes wurde, entspannt und gut gelaunt bei einem Glas Bier. Zeidler brachte das Gespräch darauf, er würde bereit sein, eine Erklärung zu hinterlegen für den Fall seiner Entführung. Der Rechtsstaat sollte mit der Forderung nach seiner Freilassung nicht zu erpressen sein. Von Drenkmann und ich fanden das Thema vertiefenswert

Bei der Gelegenheit erzählte ich von unserem SEK und schlug einen Besuch bei dieser Einheit vor. Zeidler hatte Terminnot und ich verabredete mit von Drenkmann ein Treffen am Montag, dem 11. November 1974, nach dem bevorstehenden Wochenende.

Am Sonntag lehnte ich mich zu Hause in meinem Sessel zurück, um einen Tatort im Fernsehen anzuschauen, als mich die Meldung hochriß, im Hause von Drenkmann sei geschossen worden. Als ich wenige Minuten später dort eintraf, stieß ich auf die verzweifelte und völlig fassungslose Frau von Drenkmann. Ihr Mann war tot

Unter dem Vorwand, einen Blumenstrauß überbringen zu wollen, hatte der Mordschütze erreicht, daß die Frau von Drenkmann ihm die Tür öffnete. Als er an ihr vorbei in die Wohnung eindringen wollte, leistete sie Widerstand. Günter von Drenkmann kam herbei, um die Ursache der Unruhe zu erkennen und wurde ohne Vorwarnung niedergeschossen. Geplant war, ihn zu entführen. Stattdessen wurde ein Vierteljahr später der Präsident des *Berliner* Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, Opfer einer Entführung.

Am 27. Februar 1975 wird auf der Fahrt in sein Büro der Präsident des Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, in eine Falle gelockt, in seinem Dienstwagen überwältigt und in ein „Volksgefängnis“ gebracht. Mit Haloperidol wird er betäubt

In „Junge Welt“, ehemals Organ von Honeckers Freie Deutsche Jugend - FDJ schildern die Tatbeteiligten Ralf Reinders und Ronald Fritsch nach abgesessener Haft in Folgen vom 25. Februar bis bis 7. März 1995: der Fahrer habe „gleich eins über die Rübe gekriegt“. Die Wahl, wer mit einer umwickelten Eisenstange zuschlagen sollte, war auf einen Mittäter gefallen „der war Boxer, der wußte schon, wie doli er zuschlagen kann, der konnte sehr gut dosieren“.

Ein erster Notruf über 110 geht um 08:53 Uhr ein. Eine Großfahndung setzt sofort ein, erweitert auf das gesamte Bundesgebiet.

**Im ersten Angriff stehen 98 Funkwagen**  
**5 Bootsstreifen**  
**49 Beamte Berittene Polizei**  
**25 Diensthundeführer**  
**77 Beamte Verkehrsdienst**  
**31 Kriminalbeamte**  
**28 Kontaktbereichsbeamte**

**sofort im Einsatz.**

**Ein Einsatzstab wird um 09:15 Uhr einberufen und ist um 09:30 Uhr einsatzbereit. Leiter ist der Landespolizeidirektor.**

**Fahndungsziel sofort: anarchistische Täter.**

**Ein Kontaktbereichsbeamter - im Volksmund Kob - findet bereits um 13:43 Uhr den verlassenen Dienstwagen von Lorenz in einer Tiefgarage auf. Der Kontaktbereichsdienst war in der Aufbau- phase als Teil der Polizeireform. In der Endphase auf 756 Kontaktbereiche bürgernah ausgebaut, besteht diese Einrichtung heute nicht mehr.**

**Der Berliner Senat bildet einen Krisenstab unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz. Alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses sind vertreten. An allen folgenden Sitzungen nehme ich teil und erlebe die Zerreißprobe zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. In einer Sternstunde der Demokratie folgt in aufwühlender Debatte der Stab der Vorgabe des Regierenden Bürgermeisters, alle folgenden Maßnahmen absolut auf die Unversehrtheit der Geisel zu richten.**

**Beim Bundeskanzler Helmut Schmidt tritt in Bonn der Arbeitsstab aus Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Fraktionsspitzen des Bundestages zusammen. Mit Horst Herold, dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, der am Arbeitsstab teilnimmt, habe ich durch eine ununterbrochen bestehende Telefonleitung Kontakt. Der Kanzler läßt keinen Zweifel daran, daß der Staat keinen Erpressungen der Entführerbande nachgeben darf.**

**Am 28. Februar geht um 09:20 Uhr eine erste Mitteilung der Entführer bei der Deutschen Presse- agentur ein. Sie verlangen die Freilassung ihrer Konsorten Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiede- marm, Horst Mahler, Rolf Pohle, Ina Siegmann und Rolf Heister. Sie sollen, begleitet von Pfarrer Heinrich Aibertz, ehemaligem Regierenden Bürgermeister von Berlin, ausgeflogen werden.**

**Unter Punkt 4 heißt es in ihrer Forderung wörtlich: "..während der ganzen zeit seiner gefangen- schaft fordern wir absolute Waffenruhe von Seiten der polizei, keine präsenz auf den Straßen, keine Kontrollen, keine hausdurchsuchungen, keine festnahmen, keine fahndungsphotos, keine fahndungsersuchen an die bevölkerung, bei nichterfüllung oder nur dem versuch der täuschung, ist die Unversehrtheit der geisel bedroht. Andernfalls ist eine konsequenz wie im falle des obersten richters G. v. Drenkmann unvermeidbar."**

**Frecher konnten die Ganoven nicht auftreten.**

**Der Berliner Krisenstab bestand auf strikte Einhaltung der Forderungen. Meine Hinweise auf mögli- che verdeckte Maßnahmen wurden zurückgewiesen. Es wurde gar erwogen, in der ganz allgemei-**

nen Polizeiarbeit den Einsatz von Sirene und Blaulicht zu vermeiden.

Es begann ein intensiver Austausch von Mitteilungen. Fünfmal meldeten sich die Entführer und zehnmal antworteten wir. Die „Korrespondenz“ wurde erschwert, weil die Erklärungen der Bande zeitlich durcheinander gerieten. Beispielsweise hatten sie eine Mitteilung unter der Fußmatte vor der Wohnungstür eines Namensvetters des Entführten platziert.

Uns kam es in zehn Antworten mit Fragen darauf an, zeitlich nachvollziehbare Hinweise auf die Unversehrtheit von Lorenz zu erhalten. Außerdem wollten wir ihn wissen lassen, daß auch seine Frau um ihn besorgt sei. Bei der Abfassung unserer Mitteilungen war für die Einsatzleitung der praktische Rat eines evangelischen Pfarrers ein Glücksfall

Als Lorenz bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 2. März einen Stimmenzuwachs von 5,7 % für seine Partei erzielt und die SPD überrundet hatte, gratulierten ihm seine Entführer mit herzlichem Glückwunsch.

Als ich - nach Erfüllung der Forderungen der Entführer - vor dem Abflug der befreiten Gefängnisinsassen (ohne Mahler) versuchte, mit dem Begleiter, Heinrich Albertz, ein Gespräch zu führen, lehnte er es schroff ab. Er wollte mit „miesen Tricks“ der Polizei nichts zu tun haben.

Mehrmals hatte mich Helmut Schmidt Ober Horst Herold zu intensiverem Handeln aufgefordert. Als ich in einer letzten Sitzung des berliner Krisenstabes nach der Freilassung von Lorenz unser weiteres Vorgehen in der nun offenen Großfahndung darlegen wollte, ließ mich ein namhaftes Mitglied des Gremiums wissen, man habe genug Schutzmannsweisheiten gehört

Meine Mitarbeiter hatten während der ganzen Zeit intensiv und ausdauernd gearbeitet. Es wurde zunehmend schwieriger, sie vom sinnvollen rechtmäßigen Handeln abzuhalten. Eine Sonderkommission war auf 133 Köpfe angewachsen. 9.831 Hinweise aus der Bevölkerung waren angefallen. Zwei berührten den Tatort „Volksgefängnis“.

Sechs Tage und Nächte hatte die Presse in den Fluren des Präsidiums kampiert. Als mit Turbogewalt die offene Fahndung begonnen und nicht Soforterfolge gebracht hatte, entlud sich die Enttäuschung über uns mit der Schlagzeile: „Aktton Wasserschlag“.

Der Generalbundesanwalt, dem das Mediengetöse auf die Nerven ging, zog das Verfahren wegen „Nötigung von Verfassungsorganen“ nach § 105 StGB an sich und verpaßte uns einen Maulkorb. Als ehemaliger Pilot wußte ich aber, daß man Radar unterfliegen kann. Soweit es um Angelegenheiten ging, die in die unmittelbare Zuständigkeit meiner Behörde fielen, gab ich der Presse hinreichend Auskunft.

Bis Ende 1975 vollstreckten wir 23 Haftbefehle in dieser Sache.

Im Lorenz-Drenkmann-Prozess wurden am 13.10.1980 vom Kammergericht Berlin zu Freiheitsstrafen verurteilt: Raff Reinders zu 15 Jahren, Ronald Fritsch zu 13 Jahren und drei Monaten, Gerald Öopper zu 11 Jahren und 2 Monaten, Till Meyer zu 15 Jahren und Andres Vogel zu 10 Jahren Jugendstrafe, Fritz Teufel zu 5 Jahren.

Zum Mord an von Drenkmann gelang keine Zuweisung auf den Einzeltäter.

Die Rote Armee Fraktion hatte die Schwerpunkte ihres Terrors weitgehend aus Berlin heraus verlagert. Wir blieben allerdings nicht von einer anderen Art ausgrenzenden Rechtsbewußtseins verschont. Mißdeutete Freiheitsliebe hatte junge Leute erfaßt, die nach eigenen, oder am liebsten gar keinen Gesetzen, ihr Leben gestalten wollten. Abgesehen von einigen Aktionen 1974 kannten wir keine massiven Hausbesetzungen, die in Holland oder Dänemark bereits Übung waren.

In Kreuzberg wurden wir eines Tages gerufen, um unliebsame Einsitzer aus 19 Wohnungen herauszuholen, in denen sie selbstbestimmt arbeiten, lieben und leben wollten. Monate lang hatten sie sich mit dem Hausbesitzer nicht über die Höhe der Miete einigen können. Bei dieser Sachlage konnten wir keinen Hausfriedensbruch erkennen und verwiesen ans Amtsgericht.

Wie ein zunächst kleines Steppenfeuer hatte sich aber die Freude an der Aktion Hausbesetzen breitgemacht. Die Berliner Verfassung bot mit Artikel 19 Jedermann hat das Recht auf Wohnung" immerhin ein Argument, über das man streiten konnte. Nicht amtliche Statistik, aber eine Zählung durch unsere Kontaktbereichsbeamten hatte ergeben, daß in rund 1000 Häusern etwa 40.000 Wohnungen leer standen. Bei 40.000 Wohnungssuchenden für schlichte Gemüter keine schwierige Aufgabe, dieses Problem zu lösen.

Als wir die ersten mutwillig besetzten Häuser geräumt hatten, mußten wir düpiert feststellen, daß die Eigentümer keine Anstalten trafen, ihr Eigentum durch Instandsetzung zu sichern, gegebenenfalls abzureißen. Stadtsanierungspläne nach dem hochgemuten Motto: Licht in die Hinterhöfe hatten zeitgleich mit flächengreifenden Straßenbauprojekten Leerstände provoziert und die Habgier von Investoren geweckt. Aus dem gestern geräumten Haus lachten heute die Besetzer die Polizei aus.

In einer Besprechung bei Bausenator Harry Ristock trug ein Referent eine Lösung vor, welche die Stunde der Polizei so weit wie möglich hinausschieben sollte. Ich hielt dagegen, daß nur ein Lösungsansatz akzeptabel sei, der zum Ziel habe, die Stunde der Polizei zu vermeiden. Ristock stimmte meinem Argument zu und ein exzellenter Mitarbeiter fand die Lösung. Das Völkchen der Hausbesetzer hatte eine politisch griffige Floskel für sich gefunden. Sie nannten sich Instandbesetzer\*.

Man gab nun umstrittene Objekte in Dritte Hand, z. B. Kirche und Arbeiterwohlfahrt, die dann Verträge mit Instandbesetzern" zur geregelten Instandsetzung solcher Häuser schlossen, die später zur Obereignung führen konnten.

Gleichzeitig tüftelte meine Denkfabrik im Hause eine Verfahren aus, mit dem das Vorgehen der Polizei bei Hausräumungen für die Betroffenen berechenbar machte.

Hausräumungen nur unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Der Berechtigte hat Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt und begehrt Räumung
- b) Strafantrag und Räumung werden für die ganze Zeit der polizeilichen Maßnahmen aufrecht erhalten. Dazu ist in der Regel erforderlich, daß der Berechtigte während der Räumung anwesend ist
- c) Der Berechtigte macht glaubhaft, daß von ihm geplante Abriß- oder Instandsetzungsarbeiten ohne polizeiliche Hilfe nicht durchgeführt werden können und er unverzüglich nach der Räumung damit beginnen wird....
- d) Es steht fest, daß die Hausbesetzer einer Räumungsaufforderung nicht freiwillig nachkommen.

Die „Berliner Linie“, die zum Erfolg führte, war gefunden.

Hausbesetzer hatten jetzt den Konflikt unter sich auszutragen. Sie waren Verhandlet oder Nichtverhandler. Müslis oder Mollis.

An der deutsch-schweizerischen Grenze war die Broschüre „Häuserkampf SO 36“ aufgegriffen worden. Das war das Handbuch zur Verteidigung besetzter Häuser gegen polizeiliche Räumung. Es war der vielleicht letzte Versuch, die bisher mißglückte Revolution gegen die Schweinegesellschaft noch einmal zum Leben zu erwecken. Wie man sich technisch verschanzt und sichert, wie man sich bei Festnahme verhaften und welche Rechtsmittel man anwenden sollte, war vorgeschlagen. Auch der Aufbau einer telefonischen Alarmkette nach Schneeballprinzip war vorgezeichnet.

Wir kannten jetzt den Ernst der Lage.

Rückblickend meine ich, daß hier die Schwelle vom latenten zum offenen Terrorismus überschritten wurde. Es gelang den Feinden der Demokratie allerdings nicht noch einmal, den Fuß in die Tür zu kriegen. Mein Empfinden, daß sich mit zunehmender Zeit die Besetzermentalität in eine Besitzermentalität wandeln würde, bestätigte sich.

219 Häuser waren in Berlin besetzt. Ein Drittel hatten wir räumen müssen. Ein Drittel war nach Ristocks Plan von den Besetzern *übernommen worden*. Ein *Drittel wurde von den* Besetzern verlassen. Nach der in der Broschüre „Häuserkampf SO 36“ vorgeschlagenen Alarmkette war mit jeder Räumungsaktion eine Randal der „Stadtindianer“ am Ort des Geschehens programmiert und eine Kampfdemonstration am folgenden Wochenende in der City. Gelegentlich schalteten wir uns selbst in die Alarmkette ein und wiegelten ab, wenn keine Räumung sondern „nur“ eine Durchsuchung ablief. Die Stadtindianer konnten in ihrem Wigwam bleiben.

Wir bilanzierten bis Ende 1982 5.241 Sachbeschädigungen, 313 mal wurde Feuer gelegt, 621 Polizeifahrzeuge wurden - teilweise erheblich - beschädigt. 970 Polizeibeamten wurden erheblich verletzt.

Während die Öffentlichkeit des langen Prozesses und der Krawalle müde wurde und vermehrt kritische Stimmen zur Strategie der Polizeiführung zu hören waren, wußte ich, daß wir über den Berg waren. Eines der fanatischen Hetzblätter, „Der schwarze Kanal“, veröffentlichte in seiner Nr. 3 am 21. April 1982 ein Strategiepapier, in dem es hieß: „Die These Hübners von der „Austrocknung der Szene“ hat sich bewahrheitet, denn die Sympatisanten bleiben auf den Demos aus (ihnen wird zu heiß) und der verbleibende Rest ist den Bullen hinlänglich bekannt.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen mich in 19 Fällen wegen Strafvereitelung im Amt. Einige Staatsanwälte hatten andere Vorstellungen über politisches Handeln in extremen Gefahrensituationen. Zunächst stellte der Generalstaatsanwalt beim Landgericht die Verfahren gegen mich ein. Später auch der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht. Er stellte fest: „daß Polizeipräsident Hübner, der im Tatzeitraum auf die Rechtmäßigkeit seines Handelns vertraute, darauf auch vertrauen durfte.“

Die Lösung des Konflikts fand zu der *Forme U Ober* das „Ob“ strafprozessualer Maßnahmen entscheidet der Staatsanwalt, über das „Wie“ und „Wann“ die Polizei.

Wiederholt hatte ich z. B. in einem grundsätzlichen Referat an der Fachhochschule für Verwaltung

**und Rechtspflege meine Meinung manifestiert: „Hausbesetzungen sind kein Spuk, den die P vertreiben kann“.**

+

**Alle meine Erfahrungen als Zeitzeuge bewahren mich davor, heute eine Definition des Begriffs Terrorismus zu wagen. Wir sind und bleiben im Fluß eines Prozesses.**

**Keine Polizeiführung darf den Lernprozeß unterbrechen oder vernachlässigen. Deshalb ist die Führung der Polizei eine sicherheitspolitische Aufgabe. Daraus erklärt sich die Pflicht, die politische Führung zu unterrichten, sie ihrer Verantwortung bewußt zu machen. Die Polizei ist nicht nur die mechanische Flanke der Innenbehörden.**

**Der Reichspolizeichef von Dänemark, Heide Jörgensen, hat in einem Referat 1967 gesagt, wenn sich alle auf die Polizei als Buhmann einschossen, dann wäre der Polizist der Einsamste zwischen vielen Gruppen; dieser Einsamste aber wäre die Zielscheibe, mit der letztendlich unser Staat gemeint ist. Polizisten und verantwortliche Politiker müssen sich dessen bewußt sein.**

**Zum Schluß zwei Zitate auf den Weg.**

**Friedrich Hacker sagt: „Man kann Gewalt lernen, ohne sie nachzuahmen oder sich ihr zu beugen.“**

**Um nicht in psychologische Gefilde abzuheben, soll eine Frau das letzte Wort haben: Mary von Ebner-Eschenbach schreibt 1880 in ihren Aphorismen:**

**„Der Gescheitere gibt nach! Eine traurige Wahrheit, sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit“**

**Ergänzende Literatur**

**„Klaus Hübner - Einsatz - Erinnerungen des Berliner Polizeipräsidenten 1969 - 1987“**

**Jaron Verlag ISBN 3-932202-23-6**